

Berlin, 5. November 2007

**Antrag des Bundesvorstandes der  
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU  
zum 21. CDU-Bundesparteitag vom 2. bis 4. Dezember 2007 in Hannover**

Nr. 3

**In Zeiten des Aufschwungs  
die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen**

Alle umlagefinanzierten Sozialversicherungen leiden an einem Geburtsfehler: Die Ansprüche der Berechtigten wachsen grundsätzlich schneller als die Bereitschaft und die Möglichkeiten der Beitragszahler, dafür die benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen. Eine Lösung dieses Konflikts ist nur durch eine Systemumstellung möglich.

Da die Große Koalition auf Grund der Blockadepolitik der SPD hierzu nicht in der Lage ist, sollte sie sich jedenfalls bemühen, die Probleme nicht noch größer werden zu lassen. Die Union wird sich daher im Rahmen der Großen Koalition für die Umsetzung der nachstehenden Forderungen einsetzen, die zumindest als „kleine Schritte“ Verbesserung schaffen können:

- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist auf drei Prozent zu senken, um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Ein Prozent Senkung = 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Spielräume hierfür ergeben sich, wenn die Instrumente der Aktiven Arbeitsmarktpolitik evaluiert werden.
- Der gesetzliche Leistungskatalog aller Sozialversicherungen ist auf Kernleistungen zu beschränken. Die Selbstbeteiligung ist zumutbar zu erhöhen. Spielräume für Beitragssenkungen ergeben sich insbesondere bei den versicherungsfremden Leistungen.
- Die Grundsicherung nach Hartz IV ist konsequent an die Voraussetzung zu binden, dass Arbeitsangebote angenommen werden.
- Gleichzeitig müssen Kombilöhne dafür sorgen, dass vor allem Geringqualifizierte über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Damit erübrigen sich Mindestlöhne.

**Begründung:**

Die sozialen Sicherungssysteme müssen zukunftsfest gemacht werden. Da die dringend notwendige Systemumstellung auf Grund der rückwärtsgewandten Politik der SPD nicht möglich ist, sollten zumindest „kleine Schritte“ umgesetzt werden.